

Reformtief

Zwei Jahre nach dem Maidan ist in der Ukraine vieles beim Alten geblieben. Das Land leidet unter Korruption, dem Einfluss mächtiger Oligarchen – und der schwersten Regierungskrise seit der Revolution.

VON SIMONE BRUNNER, KIEW

Ein „neues Leben“: Nicht weniger hatte Petro Poroschenko seinem Land versprochen, als er sich vor knapp zwei Jahren als Präsident der Ukraine bewarb. Was davon geblieben ist, passt auf ein Plakat, das in einem Seitentrakt des ukrainischen Innenministeriums hängt. Darauf werden die Grundsätze der Polizei durchdekliniert: Rechtsstaatlichkeit, Transparenz, Menschenrechte. Das „neue Gesicht des Staates“ sollen die Ordnungshüter sein, sagt Polizeichefin Khatia Dekanoidze, die aus Georgien stammt: „Ohne Korruption und absolut professionell.“

Und auf den ersten Blick stimmt das ja auch. Rund um Polizeikasernen und Wachstuben parken schicke weiße Dienstwagen der Marke Toyota. Innerhalb weniger Monate wurde in den Kommissariaten von Lwiw über Kiew bis Dnipropetrowsk ein Großteil des Personals ausgetauscht. Wo früher brutale Vertreter einer Staatsmacht zugange waren, die einander im Winter 2013/2014 gnadenlose Straßenkämpfe mit Demonstranten lieferten, sind

heute junge, sportliche Beamte tätig, von denen jeder vierte eine Frau ist.

Doch die Erneuerung der Polizei ist eine der wenigen sichtbaren und erfolgreichen Reformen in der Ukraine. Abgesehen davon ist vieles beim Alten geblieben.

„Neues Leben“? Anfang Februar warf Wirtschaftsminister Aivaras Abromavičius, ein anerkannter Reformler, gemeinsam mit einigen hochrangigen Mitarbeitern wie Vizeminister Maksim Nefjodow (siehe Interview) entnervt das Handtuch. Begründung: Er sei von maßgeblicher Stelle dazu gedrängt worden, gegen seinen Willen Protégés der Regierung und des Präsidenten an die Spitze von Staatskonzernen zu setzen oder sogar zu seinen Stellvertretern zu ernennen.

Daria Kaleniuk ist Geschäftsführerin des Kiewer Aktions-Zentrums gegen Korruption. „Work hard, be nice“ steht auf einer Tafel im Büro der Organisation. Zwei Jahre nach dem Maidan sei der Einfluss der Oligarchen auf die Politik nicht verschwunden, sagt Kaleniuk: Viele Abgeordnete würden immer noch von mächtigen ukrainischen Geschäftsmännern kontrol-



GEDENKEN AN DIE OPFER VOM MAIDAN. Hoffnung auf echte Reformen blieb trotz 100 Toten unerfüllt

liert, einige wenige Maidan-Aktivistinnen, die heute im Parlament sitzen, seien nicht viel mehr als ein Feigenblatt der Revolution.

Kaleniuk und ihre Kollegen sind für ihren Aktionismus bekannt: Wer im Parlament gegen Transparenzgesetze stimmt, muss sich darauf gefasst machen, mit Tomaten beworfen zu werden – die Fortsetzung des Maidan mit anderen Mitteln.

Kaleniuk gehört zu den schärfsten Kritikern des alten, aber auch des neuen Systems. Die Lage sei schlecht, aber nicht aussichtslos, sagt sie. Auf der Habenseite: Inzwischen sind viele Daten über Vermögensverhältnisse und Staatsaufträge öffentlich, um „Korruption zu entdecken und Informationen zu publizieren“. Das öffentliche Interesse der Bevölkerung am Thema ist groß: Vier populäre Fernsehsendungen befassen sich mit Korruption.

Dass Korruption im öffentlichen Dienst gehandelt wird, ist aber nach wie vor die Ausnahme. Wie gering der Anreiz zum Fair Play ist, zeigt eine aktuelle Anekdote: Ein Bewerber hatte sich vor Kurzem mit Bestechungsgeld ausgerechnet für das nationale Anti-Korruptions-Büro angemeldet.

Vor allem in den Amtsstuben von Justiz und Innenministerium finden die Parolen des Maidan kein Gehör. Als „Mordor“ – das „schwarze Land“ in „Der Herr der Ringe“ – hat Kaleniuk zuletzt die Staatsanwaltschaft bezeichnet, die als Organ der Repression und persönlichen Bereicherung gilt. Dass weder Korruptionsskandale aus der Ära des geflohenen Präsidenten Wiktor Janukowitsch noch die Hintergründe der tödlichen Schießerei auf dem Maidan

„Nachfragen, drängen, drohen“

Der stellvertretende Wirtschaftsminister Maksim Nefjodow über die Gründe seines Rücktritts und seine Hoffnung auf eine Rückkehr in das Amt.

MAKSIM NEFJODOW (31) gehört zu den jungen Reformern im Team des Wirtschaftsministers Aivaras Abromavičius, das vor allem von westlichen Institutionen für seinen Reformeifer gelobt wurde.



profil: Ihr Chef Aivaras Abromavičius hat Korruption auf höchster Ebene als Grund für seinen Rücktritt genannt. Warum haben Sie aufgegeben? **Maksim Nefjodow:** Wenn ich gezwungen werde, mit Leuten zu arbeiten, die über meinen Kopf hinweg ernannt werden, kann ich einfach meinen Job nicht machen. Aivaras hat mich in sein Team geholt, ich vertrete die gleichen ethischen Werte wie er. Wenn der neue Minister oder das neue Kabinett etwas anderes auf ihrer Agenda hat als Reformen, dann gibt es für mich keinen Grund zu bleiben.

profil: Der Minister hat von einem „unglaublichen Druck“ verschiedener Interessensgruppen gesprochen. **Nefjodow:** Ein Teil des Drucks ist bis zu uns vorgedrungen. Das ist ein systemisches Problem: Sobald es um Geld geht, gibt es immer viele Menschen, die Entscheidung beeinflussen wollen, dass es Widerstand gegen die Reformen gibt, weil wir nun mal denjenigen auf die Zehen steigen, die zuvor Millionen und Milliarden gestohlen haben. Aber wenn du 99 Prozent deiner

Zeit damit verbringst, gegen diese Leute zu kämpfen, statt Reformen zu machen, dann fragst du dich irgendwann: Was mache ich hier eigentlich? **profil:** Zugleich haben Sie aber auch nicht ausgeschlossen, wieder einer Regierung anzugehören. Wie sollte diese aussehen? **Nefjodow:** Es sollte eine technokratische Regierung sein – ohne politische Absprachen oder Quoten. Ich persönlich denke außerdem, dass das Personal keine Arbeitserfahrung im öffentlichen Dienst vor dem Maidan haben sollte. Sonst ist es sehr wahrscheinlich, dass sie

schon in ein Netz von informellen Verbindungen und Verpflichtungen verstrickt sind. **profil:** Abromavičius ist nicht der Erste, der als Wirtschaftsminister seit dem Maidan das Handtuch wirft. Sein Vorgänger hat gesagt, dass das System völlig unreformierbar ist. **Nefjodow:** Ich bin Optimist. Unsere Arbeit hat gezeigt, dass Reformen möglich sind. Wir sind nur an unsere Grenzen gestoßen. Aber wenn wir weitermachen wollen, müssen wir noch viel mehr ändern. Man kann nicht mit den Reformen auf halbem Wege stecken bleiben.

profil: Aber wie erklären Sie den westlichen Partnern, dass Sie immer noch optimistisch sind? **Nefjodow:** Es ist auch ein Zeichen dafür, dass wir einen „Point of no Return“ erreicht haben: Entweder wir gehen jetzt den Weg der Reformen bis zum Ende, oder wir fallen in eine Art postsowjetische, oligarchieabhängige Regierung zurück. Unser öffentlich vollzogener Schritt ist auch ein Signal an die internationale Gemeinschaft, dass wir unsere Probleme nicht mehr unter den Teppich kehren. Bei Staatsaufträgen werden in der Ukraine jährlich mehr als

zwei Milliarden Euro gestohlen – und das ist eine konservative Schätzung. Den Krieg gegen die Korruption gewinnst du mit der Strafverfolgung, mit der Polizei, mit der Staatsanwaltschaft, mit unseren Reformen. Du kannst ihn nicht gewinnen, wenn das Team dich nicht unterstützt. Du kannst Messi oder Ronaldo sein, aber wenn du der einzige Spieler auf dem Feld bist, wirst du trotzdem verlieren. **profil:** Dabei stellt sich die Frage, ob es den politischen Willen geben wird, mehr Reformen in den Ministerien zu installieren. **Nefjodow:** Das ist keine Frage

des politischen Willens, sondern einfach die Frage, ob jemand seinen Job macht. Und ich denke, die Ukraine hat keine andere Wahl, als diesen Job zu machen. Es ist nicht so, dass es das Land übersteht, noch weitere fünf Jahre tatenlos zu verbringen. Wir sind ein Land im Krieg, ein Land mit der Bedrohung einer russischen Invasion, wir sind ein Land, das dringend westliches Investment und die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft braucht. Deswegen wenden wir uns an die Politiker und sagen: Lasst uns unseren Job machen!

aufgeklärt wurden, wird vor allem ihr angelastet.

Dieser Tage wurde auf Druck der Öffentlichkeit zwar Generalstaatsanwalt Wiktor Schokin, ein Vertrauter Poroschenkos, abberufen. Das gilt vielen aber nicht nur als kleiner Teilsieg, sondern auch als geschicktes Manöver des Präsidenten, um Druck aus dem Kessel zu lassen.

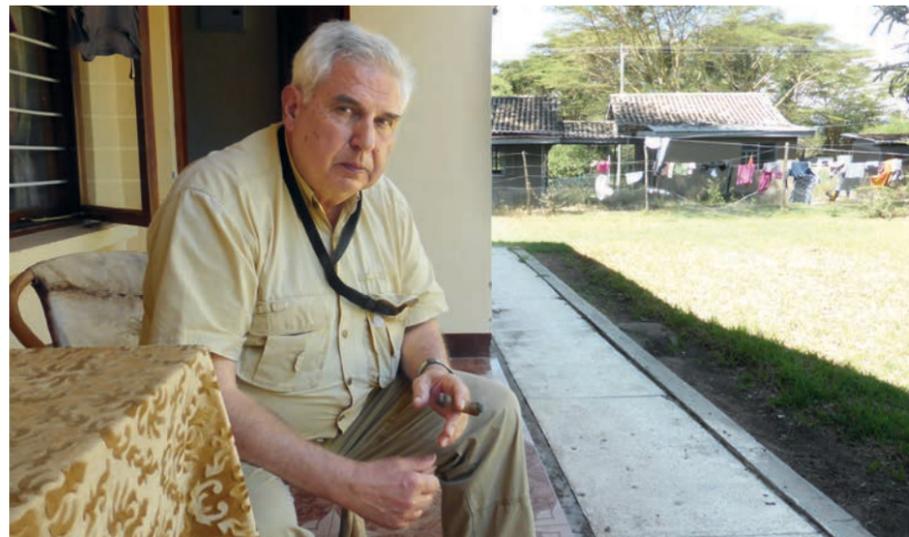
Zusehends steht auch Poroschenko selbst unter Druck. Im Wahlkampf hatte er versprochen, sein Firmenimperium sowie seinen Fernsehsender zu verkaufen. Geschehen ist das bis heute nicht. Längst wird der Präsident nicht nur in der Opposition als „neuer Janukowitsch“ geschmäht.

Viele erinnert die Lage an die Zeiten nach der Orangen Revolution 2004, als sich der damalige Präsident Wiktor Juschtschenko und Premierministerin Julia Timoschenko in einem Machtkampf zerrieben und die versprochenen Reformen nur Rhetorik blieben. Die Hoffnung, dass der „Revolution der Würde“ 2014, die mehr als 100 Menschenleben forderte, diesmal auch Taten folgen, hat sich nicht erfüllt.

„Auch der Westen ist schuld am Scheitern der Ukraine“, machte der ukrainische Journalist Maxim Eristavi kürzlich seinem Ärger Luft. Die EU und die USA hätten zu lange weggeschaut, um nicht die Auszahlung der Hilfsmilliarden für das Land in Frage stellen zu müssen, die wegen des Krieges in der Ostukraine dringend gebraucht wurden. Auch die Tatsache, dass Premierminister Arseni Jazeniuk vor wenigen Tagen ein Misstrauensvotum im Parlament überstand, wird von vielen dem Einfluss des Westens zugeschrieben: Der umstrittene Regierungschef werde vom Ausland gestützt, um die Ukraine nicht vollends in die Krise stürzen zu lassen.

Diese Krise ist aber längst da: Denn während sich Jazeniuk mühevoll halten konnte, verlor seine Regierungskoalition die Mehrheit im Parlament. Die Partei „Samopomitsch“ sowie Julia Timoschenkos Partei „Vaterland“ stiegen aus.

Der große Wandel habe aber ohnehin nicht im Parlament, in der Wirtschaft oder in den Institutionen stattgefunden, sagt der „Samopomitsch“-Abgeordnete Jegor Soboljew, bis zuletzt Chef des Komitees zur Korruptionsbekämpfung. Er kramt eine Statistik hervor: Demnach sprachen sich vor dem Maidan 51 Prozent der Bevölkerung gegen Bestechungsgelder aus – heute sind es bereits 78 Prozent. „So viele verantwortungsvolle Bürger hat es in der Ukraine noch nie gegeben“, so Soboljew. Ob dieser gesellschaftliche Wandel reicht, um auch einen politischen herbeizuführen, steht allerdings noch in den Sternen.



Versickerte Milliarden

Der Wiener Urologe Othmar Zechner baut in einem tansanischen Busch-Krankenhaus eine Station auf und ist zutiefst überzeugt: So wie Entwicklungshilfe derzeit läuft, ist sie sinnlos.

VON HERBERT LACKNER

Wasso kennt niemand hierzulande. Auch polyglotten Afrika-Reisenden ist der Name dieser Ortschaft im nördlichen Tansania, weit hinten im Landesinneren, wohl noch nie untergekommen. Selbst Google Earth tut sich schwer, den Flecken am Rande der Serengeti zu finden. Und tatsächlich war hier fast nichts, bis ein Linzer Arzt 1964 beschloss, genau an dieser Stelle ein Krankenhaus für die halbnomadischen Massai zu bauen. Wasso war der richtige Ort, weil hier das ganze Jahr Wasser aus einer Quelle floss. Noch zwei weitere Buschspitäler gründete der zu Unrecht vergessene Herbert Watschinger, ein oberösterreichischer Albert Schweitzer. In besonders entlegenen Gebieten organisierte er „Under-the-tree“-Kliniken und „bespielte“ ein von einem amerikanischen Piloten gegründetes „Flying Medical Service“, bei dem gleich unter dem Flügel einer Cessna ordiniert wurde. Einen „Mutter-Kind-Pass“ stellte er seinen Patientinnen schon Anfang der 1970er-Jahre aus, ziemlich zeitgleich mit der Einführung dieses Passes durch die Kreisky-Regierung in Österreich.

Jetzt will der Wiener Arzt Othmar Zechner dabei helfen, das medizinische Angebot in Wasso um ein lebenswichtiges Fach zu erweitern – die Urologie. Zechner, 68, hat 21 Jahre lang die Urologische Abteilung am Wiener Wilhelminenspital geleitet und ging vor zwei Jahren in Pension. Neben seinen Wiener Privatpatienten will er jetzt die Menschen am Rande der Serengeti behandeln.

Und das ist gar nicht so einfach. Bei seinem ersten Aufenthalt fand der Urologe etwa ein vorsintflutliches und daher kaum brauchbares Ultraschallgerät vor. Eine nähere Nachschau ergab, dass zwei neuere Geräte, die irgendwann einmal aus Europa hierher gebracht wurden, in einer Ab-

stellkammer lagerten. Aber niemand konnte sie in Betrieb nehmen oder gar bedienen. Ein Beispiel für gut gemeinte, aber völlig sinnlose Entwicklungshilfe, findet der Urologe, der während seiner Zeit in Wasso auf viele ähnliche Beispiele stieß.

Hier ist ein Urologe mit völlig anderen Krankheitsbildern konfrontiert als in Wien: „Die Massai gehen immer noch zuerst zum Medizinmann. Nur wenn der nicht mehr weiter weiß, kommen sie ins Krankenhaus“, hat der Wiener Arzt auf vielen früheren Afrika-Reisen beobachtet.

Die nächste Klinik mit einer entsprechenden Urologie-Abteilung liegt am Victoriasee, acht Autostunden entfernt. Und Autos hat hier kaum jemand. Der Provinzgouverneur fährt dafür ein sehr großes: „Er hat einen Land Cruiser in einer Dimension, die mir bis dahin noch nie untergekommen ist“, erzählt Zechner. Der Gouverneur bewohne eine Villa, „die durchaus in Wien-Hietzing stehen könnte“.

Bei seinen Spitälern ist der Staat weit sparsamer: Patienten müssen von ihren Angehörigen gepflegt werden, die kleine Spitalsküche reicht gerade zur Versorgung des Personals. In einigen Kliniken des Landes sollen Kranke verhungert sein, wird im Kreis der ausländischen Ärzte erzählt.

Finanzielle Entwicklungshilfe zu geben, sei sinnlos, weil sich das Geld in vielen falschen Taschen verläuft, meint der Wiener Urologe: „Entweder stecken es die Eliten selbst ein oder es wird für militärische Zwecke missbraucht.“ Europa müsse konkrete Projekte aufbauen und diese konsequent überwachen.

Die regelmäßigen Berichte des Europäischen Rechnungshofs bestätigen das. Vor drei Jahren konstatierte das von den EU-Regierungschefs eingesetzte Aufsichtsgremium, in der Republik Kongo seien seit 2003 fast 1,9 Milliarden Euro völlig folgen-

los verschwunden. Eine weitere Milliarde sei im Wüstensand Ägyptens versickert.

Angang Jänner dieses Jahres hieß es in einem neuen Rapport des EU-Rechnungshofs, von 915 Hilfsprojekten in West- und Zentralafrika seien nur zehn von Experten kontrolliert worden, also bloß 1,7 Prozent. In Marokko und Nigeria rätseln die Prüfer bis heute über den Verbleib von je einer halben Milliarde Euro.

In das Straßennetz von sieben Staaten südlich der Sahara – darunter Tansania – hat die Europäische Union seit 1995 mehr als sieben Milliarden Euro investiert. Die Kontrolleure des Rechnungshofs kamen 2013 in einem Sonderbericht zu einem betrüblichen Fazit: „Die Partnerländer unternehmen keine ausreichenden Bemühungen, um die Nachhaltigkeit der Straßeninfrastruktur sicherzustellen. In allen Partnerländern sind die Straßen von vorzeitigem Verschleiß betroffen.“

Dabei ist dieses „österreichische“ Krankenhaus im afrikanischen Busch durchaus ein Vorzeigeprojekt, was auch der Entschlossenheit von Gründer Watschinger zu danken ist. Die Tuberkulose bekämpfte der Arzt mit einem eher brachialen Mittel: TBC-kranke Massai behandelte er nur unter der Auflage, dass sie als Pfand eine Kuh im Spital einstellen, die sie nur zurückerbekamen, wenn sie die gesamte Behandlung durchlaufen hatten – eine Grunderfordernis für eine erfolgreiche Therapie.

Finanziert wurden Watschingers Aktivitäten großteils durch Spenden, oft solchen aus der Sternsinger-Aktion in Österreich, und mithilfe großzügiger Unterstützung durch das Land Oberösterreich und die Diözese Linz. Die Krankenhäuser wurden später von der Erzdiözese Arusha übernommen (etwa 40 Prozent der Tansanier sind Christen), für die Finanzierung sollte der Staat aufkommen.



UROLOGE OTHMAR ZECHNER, SPITAL IN WASSO
Völlig andere Krankheitsbilder als in Österreich

Funktionieren kann das Krankenhaus von Wasso freilich nur, weil immer wieder Ärzte aus Europa kostenlos in der Station mit 160 Betten arbeiten. Es gibt viel zu wenige einheimische Ärzte, was angesichts der Kosten eines Medizinstudiums nicht weiter verwundert: Die Gebühren belaufen sich auf 4000 bis 5000 Euro jährlich.

In Wasso ist man auf die am häufigsten auftretenden Krankheiten eingestellt: Malaria, Lungenentzündung, Durchfall, Aids. Manchmal kommen auch Massai, die von Leoparden angefallen wurden. Außerdem gibt es Geburtshilfe und eine Zahnklinik.

Das Spital in Wasso ist ein Beispiel dafür, wie Entwicklungshilfe auch aussehen könnte. Der nach dem Spitalsgründer benannte Verein „Pro Watschinger“, getragen vom oberösterreichischen Cartellverband, sowie ein noch von Watschinger selbst eingerichteter Fond, der von seiner Nichte verwaltet wird, bezahlen etwa der Leiterin der Spitalsapotheke ein Studium der Pharmazie, das sich die junge Frau nie leisten könnte: Es beläuft sich auf 7000 Euro pro Jahr. Für das heurige Studienjahr vergeben der Verein und der Fonds insgesamt 35.000 Euro an Stipendien für medizinische Studienrichtungen. Das freilich unter strengen Auflagen: Kommt der Bezieher den Studienanforderungen aus eigenem Verschulden nicht nach, muss er das Geld zurückzahlen. Die Stipendiaten müssen sich auch verpflichten, nach dem Studium eine gewisse Zeit Dienst in einer der vom „Pro Watschinger“-Verein gesponserten Stationen im Buschland zu leisten.

Die Gesundheitsstatistiken Tansanias weisen trotz aller Mängel nicht jene katastrophalen Werte auf wie etwa in Westafrika. Die Säuglingssterblichkeit sinkt – aber noch immer sterben 108 von 1000 Kindern vor dem fünften Lebensjahr (in Österreich sind es vier von 1000). Die Lebenserwartung steigt – dennoch leben Tansanier um 20 Jahre kürzer als Europäer.

Manchmal sind die Lösungen auch ganz einfach. Immer wieder wurden Kinder mit schrecklichen Brandwunden ins Wasso-Hospital gebracht, die beim Spielen in eines der offenen Kochfeuer gefallen waren. Der „Pro Watschinger“-Verein schickte aus Linz einige Kisten mit Eisenstäben, die vor Ort zu einem schützenden Gitter über der Feuerstelle gebogen wurden. Die Zahl der verletzten Kinder ging seither drastisch zurück.

Gelernt haben daraus die Tansanier, gelernt hat aber auch der Zechner: „Sie selbst haben Verbrennungen mit einer Mischung aus Honig und einer getrockneten Flechte behandelt. Und das hat exzellent funktioniert.“